

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

126 (1.6.1917)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Klageanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

## Die große Bedeutung der englischen Streikbewegung.

Von Dr. Paul Venj.

Der revolutionären Umwälzung des Krieges wird kein Land entziehen können, am wenigsten noch jenes Reich, das mit der unmodernsten und veraltetsten Gesellschaftsverfassung in diesen Krieg eingetreten ist: England. Von Rußland können wir hier absehen, da Rußland unter dem Joch des zaristischen Despotismus in dem für den Gebrauch der Sinne überhaupt noch nicht befaßten, aber England besitzt eine solche, dort hatte sich die moderne kapitalistische Gesellschaft am frühesten entwickelt und hatte zweifellos die für den Kapitalismus kennzeichnende Form des Individualismus am reichsten und ippigsten entfaltet. Aber die neuen treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung, die sozialen, fanden gerade deshalb in England eine ungünstige Stütze, und zu Beginn des Krieges hatte es in seiner Gesellschaftsverfassung etwas Ähnliches Erstarres, was mit ein Hauptgrund war für das Zurückbleiben Englands auf so vielen und wichtigen Gebieten seines öffentlichen Lebens.

Jetzt ist der Krieg an der Arbeit, mit dieser englischen Rückständigkeit gründlich aufzuräumen. Schon jetzt ist an den alten England kein Stein mehr auf dem andern und es hat ganz den Anschein, als führe der Krieg zu einer Ausgleichung der sozialen Verschiedenheiten, wie sie bis dahin zwischen England und den übrigen modernen Industriestaaten, in erster Linie also Deutschland, bestanden, und werden diese beiden Vorkämpfer des Krieges wirtschaftlich und auch geistig einander umso ähnlicher, je wilder sie einander bekämpfen. Die Organisation, die „Militarisierung“ des öffentlichen Lebens, die steigende wirtschaftliche Macht des Staates hat England schon bisher von Deutschland in einem Maße übernommen, das vorher undenkbar gewesen wäre; auf der anderen Seite ist es sicher, daß Deutschland die erwünschte Demokratisierung, den Respekt vor der Persönlichkeit und einen verfeinerten Individualismus durch diesen Krieg von England übernehmen wird.

Am stärksten wird sich dieser gegenseitige Ausgleichungsprozeß auf wirtschaftlichem Gebiete bemerkbar machen, und werden die englischen Gewerkschafter die Hauptleidtragenden sein. Sie standen vom ersten Tage des Krieges an der Seite ihrer Bourgeoisie, in dem sicheren Instinkt, daß dieser Krieg sich gegen die englische Welt Herrschaft und damit gegen die Grundlagen ihrer eigenen Wirtschaftstellung richtete. Wer die Herrschaft Englands über die Welt angriff, der griff auch den englischen Gewerkschafter an, der seine gehobene Stellung im Vergleich zu den nichtenglischen Arbeiterklassen dieser englischen Welt Herrschaft verdankte.

Noch ist der Krieg nicht zu Ende, aber das eine Ergebnis steht ja schon fest: die englische Welt Herrschaft ist endgültig erschüttert. Großherkommen war die „Herrin der Welt“, die mit der relativ geringsten Arbeitsmühe die relativ wie absolute größten Reichtümer an sich zu ziehen verstand. Die Systeme ist aus. Und diese Tatsache ist es, die uns die Erklärung gibt für die merkwürdige Streikbewegung, die in den letzten Wochen wichtige Teile der englischen Munitionsindustrie erfaßt hat.

Das englische Munitionsgesetz vom Jahre 1915 verwarf fast die ganze Eisenindustrie in Staatsbetriebe. Der Sekretär erhielt vom Munitionsministerium einen bestimmten Auftrag, den er erfüllen hatte; was er dann an Vergütung erhalten sollte, bestimmte ebenfalls das Munitionsministerium. Die organisierte Arbeiterkraft mußte auf alle Gewerkschaftsrechte verzichten. Feierlich versprach man den Arbeitern, daß sie sofort nach Ende des Krieges alle ihre Rechte wiedererhalten sollten und daß jeder zur Front gehende Mann wieder an seinen alten Platz zurückkehren könne. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen, sehr viel mehr Zeit, als man in England zur Wiederherstellung Deutschlands nötig zu haben glaubte. Die Industriellen haben sich auf den Krieg eingestellt, sie haben dabei das bekannte Taylor-System eingeführt, das in kürzester Zeit das in dem Arbeiter stehende Maß an Arbeitskraft herauspumpt und je nach den Bewegungen, die der Arbeiter in einer bestimmten Zeit gemacht hat, die Lohnsumme berechnet. Die Arbeit der Unorganisierten, der Ungelernten und vor allem die Arbeit der Frauen nahm gewaltig zu. Der Unternehmer kam dahinter, daß er den Ertrag seiner Betriebe vermehren könne, ohne die Zahl der geklärten Arbeiter zu erhöhen. Die Vorteile der Serienfabrikation, der spezialisierten Arbeitsmaschine erschlossen sich ihm und er begann sich, je länger der Krieg dauerte, umso stärker darüber zu werden, daß er auf diese Steigerung der Produktivkräfte auch nach dem Kriege niemals würde verzichten können, wenn England seine Stellung auf dem Weltmarkt erhalten und der Konkurrenz die Spitze bieten wollte. Bei diesem Verfahren mußte das englische Kapital früher oder später auf den entschlossenen Widerstand der Ge-

werkschaften stoßen; denn es war klar, daß die kapitalistischen Absichten unvereinbar waren mit den Versprechungen des Munitionsgesetzes von 1915. Dieses raffinierte Taylor-System mit seinen „wissenschaftlich“ berechneten Löhnen stand an sich schon im schroffsten Widerspruch zum Geiste der englischen Gewerkschaften. Als nun im Frühjahr dieses Jahres bei nachlassenden Munitionsaufträgen von einigen englischen Unternehmern versucht wurde, die alten Arbeitsweise wieder aufzunehmen, aber mit den neuen Arbeitsmethoden, da fielen ihnen die Gewerkschaften in den Arm. Sobald die Unternehmer nicht mehr für den Krieg produzierten, unterstanden ihre Betriebe auch nicht mehr dem Munitionsgesetz und die Gewerkschaftsregeln treten wieder in Kraft. Die Unternehmer sträubten sich, die Folge war der Streik. In dieser Situation ergriff die Regierung sofort Partei. Sie brachte einen Gesetzesentwurf ein, der die Regierung ermächtigen sollte, das Munitionsgesetz auf jeden beliebigen Betrieb auszuweiten. Mit anderen Worten: die gesamte englische Volkswirtschaft soll unter das Kriegsgesetz mit seinen die gewerkschaftlichen Rechte zerschmetternden Folgen gestellt werden!

Die Gewerkschaftsführer, die ja schon lange im engsten Rat des Ministeriums sitzen, stimmten der Vorlage zu, die schon Ende April in zweiter Lesung mit größter Mehrheit angenommen wurde. Nicht aber die Arbeiter. Sie lehnten sich gegen ihre Führer auf und legten die Arbeit nieder. Die Leitung der Bewegung ging an Arbeitsausschüsse über, Verhandlungen von Streikführern wurden vorgenommen, die Munitionsindustrie begann teilweise zu stocken, die öffentliche Meinung wurde sehr erregt. In den letzten Tagen hieß es, die Schwierigkeiten seien überwunden, die Regierung habe beschlossen, keine Verhaftungen mehr vorzunehmen und die Verhafteten außer Verfolgung zu setzen. Allein damit kann natürlich nur eine momentane Erleichterung geschaffen sein. Der Konflikt selber bleibt und kann in seiner Bedeutung für die Zukunft der englischen Gewerkschaften überhaupt nicht übersehen werden. Die englischen Gewerkschaften werden ihre alten Rechte nie und nimmer wieder bekommen. Das steht schon heute fest. In einer Unterredung, die Lloyd George am 6. März einer Abordnung der Labour Party gewährte und die selbstverständlich erst jetzt bekannt wird, sagte er wörtlich: „Ich hoffe, daß keine Gesellschaftsklasse auf die Verhältnisse der Zeit vor dem Kriege zurückgreifen wird, auch die arbeitenden Klassen nicht. Denn wenn das geschieht, so möge Gott England helfen. Das ist mein feierlicher Ernst. Denket nicht immer daran, dahin zurückzugehen, wo Ihr Euch vor dem Kriege befandet, sondern schafft eine von Grund auf neue Welt.“ — Hier werden ziemlich unverblümt die englischen Gewerkschaften mit ihrem Boden auf ihre alten Gewerkschaftsrechte und auf die Versprechungen im Munitionsgesetze alles so wiederherzustellen, wie es gewesen, als reaktionäre Faktoren hingestellt. In Grund genommen sind sie es auch. Man spricht sogar kein Geheimnis aus, wenn man sagt, daß sie es schon seit rund einem halben Jahrhundert sind. Lloyd George hat eine deutliche Empfindung dafür, daß England eine „von Grund auf neue Welt“ aufbauen muß, wenn es den vollkommen veränderten Weltverhältnissen nach dem Kriege gewachsen sein will. Der Aufbau der neuen Welt wird aber — darüber scheint sich der englische Minister klar zu sein — nur in heftigstem Kampfe mit den englischen Gewerkschaften vor sich gehen können. Wir erhalten hier einen Einblick, welche ungeheure soziale Umwälzung England jetzt durchmacht und welchen schweren inneren Unruhen es entgegengeht. Kein deutscher Professor kann den deutschen Arbeitern die englischen Gewerkschafter mehr als Musterknaben vorführen. Das ist dahin. Mit der Erschütterung der englischen Welt Herrschaft ist die Grundlage des bisherigen englischen Gewerkschaftslebens erschüttert, womit in der Tat für England eine „von Grund auf neue Welt“ beginnt.

## Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

**Neue Angriffe der Engländer verlustreich abgewiesen. — Gesteigerte Artillerietätigkeit in der Westschampagne. — Erfolgreiche Vorstöße deutscher Truppenteile.**

W.W. Großes Hauptquartier, Amlich, 31. Mai 1917.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

Die lebhafteste Artillerietätigkeit im Ypern- und Wytschaete-Vogen dauert an. Dicht südlich der Scarpe wurden mehrere englische Kompagnien, die abends überrauschend gegen unsere Gräben vorrückten, verlustreich abgewiesen.

Nach kurzer Feuersteigerung erfolgten nachts auch zwischen Monchy und Guenappe Angriffe der Engländer. Im zähen Nahkampf warfen westpreussische Regimenter den mehrmals anlaufenden Feind zurück.

**Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.**

Längs des Chemin-des-Dames-Rückens und in der Westschampagne erreichte der Artilleriekampf wieder größere Stärke. Auf dem südlichen Aisne-Ufer stürmten nach umfangreichen Sprengungen westpreussische Truppen mehrere französische Gräben und brachten 40 Gefangene und einige Maschinengewehre zurück.

Ostlich von Auberville führten Teile eines oberrheinischen Regiments ein Erkundigungsunternehmen durch, bei dem 50 Gefangene in unsere Hand fielen.

Während der Nacht kam es auf dem Westufer der Maas zu lebhafter Feuerartillerietätigkeit.

**Seeresgruppe Herzog Albrecht.**

Nichts Neues. Auf dem

**Ostlichen Kriegsschauplatz**

hat sich die Gesamtlage nicht geändert.

**Mazedonische Front.**

Erfolgreiche Vorfeldgefechte brachten deutschen und bulgarischen Streifabteilungen in Gernabogen und auf dem westlichen Bardar-Ufer eine Anzahl Gefangene ein.

**Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Deutscher Abendbericht.**

W.W. Berlin, 31. Mai, abends. (Amlich.) Keine größeren Kampfhandlungen.

**Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.**

Wien, 31. Mai. Amlich wird verlautbart: **Ostlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz: Lage unverändert.**

**Italienischer Kriegsschauplatz:**

Am 31. Mai tagüber nur Artilleriekämpfe. In der Nacht wurden bei Giovanni südöstlich von Montebelluna zwei italienische Vorstöße abgewiesen.

**Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.**

**Unerhört schwere Verluste der Italiener. — Rundgebungen gegen den Krieg.**

Berlin, 31. Mai. Nach zuverlässigen römischen Berichten, welche der „Tag“ veröffentlicht, sind die italienischen Verluste in der letzten Isonzo-Schlacht geradezu unerhört. Das geht auch daraus hervor, daß am 28. Mai alle Ersatzdepots in größter Eile entleert und die Leute direkt nach dem Kriegsschauplatz gebracht wurden. Von der Front kamen lange Verwundetenzüge an. Die oberitalienischen Lazarette scheinen bereits vollständig überfüllt zu sein. Die Aufregung in den Städten ist außerordentlich. Auch aus Anlaß der Rundgebungen der Kriegspartei, an denen sich vorwiegend Gymnasialisten beteiligten, kam es zu lärmenden Kundgebungen gegen den Krieg in Rom. Dasselbe wird aus andern Städten gemeldet. Man befürchtet allgemein, daß der Zusammenbruch der gegenwärtigen Offensiv Cadorna ernste politische Verwicklungen herbeizuführen werde.

## Ereignisse zur See.

**Von den Erfolgen unserer U-Boote.**

W.W. Berlin, 1. Juni. (Amlich.) Die Tätigkeit der U-Boote auf dem nördlichen Kriegsschauplatz hat zur Vernichtung einer Reihe von feindlichen Dampfern mit besonders wertvoller Ladung geführt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. der bewaffnete englische Dampfer „Lewisham“ (2810 T.) mit 4000 Tonnen Weizen aus Amerika nach England, der bewaffnete englische Dampfer „Penhall“ (3712 T.) mit 4500 Tonnen Zucker von Cuba nach England, der bewaffnete englische Dampfer „Llandrindod“ (3841 T.) mit 5600 Tonnen Mais von Indien nach England für Rechnung der englischen Regierung. Der englische Dampfer „Feriey City“ (4670 T.) mit 7346 Tonnen Weizen von Amerika nach England, der japanische Dampfer „Tansan Maru“ (2443 T.) mit gemischter Ladung.

Von den englischen Dampfern sind drei Kapitäne und zwei Geschützführer als Gefangene eingebracht. Außerdem ist die englische Unterseebootstalle „D. u. 25“ in Gestalt eines früheren, unter dem Namen „Lady Patricia“ fahrenden englischen Transportdampfers von 1250 Tonnen versenkt und der Kommandant und der zweite Ingenieur zu Gefangenen gemacht worden.

Am 31. Mai hat ein Geschwader deutscher Marinesflugzeuge, darunter zwei mit bulgarischer Besatzung, den Hafen Sela an am Schwarzen Meer mit gutem Erfolg beschossen. Trotz starker Gegenwirkung sind alle Flugzeuge unbeschädigt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Sonstige Kriegsnachrichten.

Eine neue Offensive.

W.B. Berlin, 31. Mai. Wie in den letzten Tagen fanden auch am 30. Mai nur örtliche Kampfhandlungen statt. Man kann somit behaupten, daß die Entente die Ziele, die sie sich mit der Frühjahrsoffensive gesteckt hat, nach zweimonatigen Kämpfen nicht erreicht hat. Wenn sie eine Entscheidung beabsichtigt, so kann die Entente diese nur von einer neuen Einheitsoffensive im Sommer erwarten, deren Anfang sich bereits durch verschiedene Anzeichen und einer erhöhte Kampftätigkeit an der Ostfront verrät.

Am 30. Mai war das feindliche Störungsfeuer trotz schlechter Sicht im Wytschaete-Wogen und nordwestlich Lille lebhaft, um sich in den aufklärenden Abendstunden zu großer Heftigkeit zu steigern.

In der Arrasfront war nachmittags bei Gewitter und Regen die Artillerietätigkeit im allgemeinen mäßig. Bei den beiden gemeldeten englischen Angriffen südlich der Scarpe am Abend und um Mitternacht blieb eine Anzahl Gefangener in unserer Hand.

Im Raume von St. Quentin wurden Unternehmungen einer feindlichen Offizierspatrouille westlich der Straße Brincourt-Trescault sowie einer starken Patrouille bei Hennecourt zurückgewiesen und Gefangene eingebracht. Zu den im gestrigen Heeresberichte gemeldeten erfolgreichen Stoßtruppunternehmungen südwestlich von Quentin ist hinzuzufügen, daß unsere Stoßtruppe das feindliche Sperrfeuer durchbrach, ein feindliches Grabenstück östlich La Vire über in breiter Ausdehnung zur Verbesserung unserer Stellung nahmen und es, durch Artillerie- und Minenfeuer gut unterstützt, gegen mehrfache feindliche Angriffe hielten. Der Gegner erlitt erhebliche blutige Verluste.

Im Raume von Verdun war die Artillerietätigkeit besonders am Abend und in der Nacht lebhaft. Starkes Feuer lag besonders in der Gegend der Höhe 304 auf dem Westufer der Maas. Durch eine Feuerwelle erstreckte unsere Artillerie den gegnerischen Versuch, Drahtbinderisse vor unserer Front fortzuräumen. Durch Vernichtungsfeuer auf die vorderen feindlichen Gräben wurde jeder feindliche Angriffsvorstoß unterbunden.

An der Ostfront war das Artilleriefeuer besonders bei Smorgon und am Stochod lebhaft. Vorführende russische Patrouillen wurden verjagt. Zur Vergeltung für feindlichen Bombenabwurf auf Bogdanow wurde der Bahnhof Sorodski mit Bomben belegt. An einzelnen Stellen der rumänischen Front lebte die beiderseitige Artillerietätigkeit auf. Am Nachmittag beschloß die feindliche Artillerie ohne jede Wirkung die Stellungen bei Tulcea und Prislova. Zur Vergeltung wurde der Bahnhof Galatz beschossen.

#### Der Nationalrat der französischen Sozialisten als Stimmungsbild.

Von der schweizerischen Grenze, 31. Mai. Aus der Schlusssitzung des Nationalrats der französischen Sozialistenpartei sind nach dem Schweizerischen Pressetelegraph noch Einzelheiten nachzutragen, die bezeichnend sind für die Stimmung und gegenwärtige Kriegsauffassung. So betonte der Abgeordnete Rabale die hauptsächlich durch den U-Bootkrieg und die Knappheit der Lebensmittel hervorgerufenen Schwierigkeiten. Die Kriegslage sei derart, daß ein Sieg mit den Waffen als ausgeschlossen erscheine. Pressemann rief: „Wir wollen direkt nach Stockholm gehen, um das Ende des Krieges vorzubereiten und den Frieden zu schließen, den die Russen wollen.“ Größtes Aufsehen erregte bei diesem Aufruf das Verhalten der Mehrheitsrichtung, aus deren Mitte einstimmig gerufen wurde: „Wir auch, wir auch!“

Ein feierlicher Augenblick war der Abstimmungsakt. Allgemein war das Empfinden, daß ein bedeutungsvolles Ereignis bevorstehe; zahlreiche Abgeordnete waren so ergriffen, daß ihnen die Tränen in den Augen standen. Renaudel rief: „Wir gehen alle mit dem Russen!“ Der Führer der Zimmerwalder Vorriot erklärte leidenschaftlich, auch seine Richtung werde den Kompromißantrag einstimmig annehmen, es geschehe für die Internationale und für den Frieden. Während die Schlusssitzung verlesen wurde, rief der Abgeordnete Mistral: „Wir stimmen aus vollem Herzen für Stockholm!“ Wie mit einem Schlag erhoben sich darauf alle Hände zur Abstimmung. Die Versammlung schloß mit unaußerordentlichem Beifall den Reden auf Jaures und dem Gesang der Internationale.

#### Große Friedensdemonstration in Wien.

Berlin, 31. Mai. Anlässlich der Eröffnung des österreichischen Reichsrates fanden gestern Abend in allen Wiener Bezirken sozialdemokratische Massenversammlungen statt, die sich zu einer einheitlichen Friedensdemonstration gestalteten. In der Brigittenau berichtete, laut einer Wiener Meldung der Böhmischen Zeitung, der Abgeordnete Ellenbogen über die Friedensvorbereitungen in Stockholm und sagte, bei den dort versammelten Delegierten sei der einmütige Wille vorhanden, den Frieden herbeizuführen. Man dürfe den Kongress volles Vertrauen entgegenbringen.

#### Besetzung Thessaliens durch die Entente.

W.B. London, 31. Mai. (Nicht amtlich.) Dem Reuterschen Büro zufolge schreibt die „Daily Mail“ aus Saloniki: In dortigen maßgebenden Kreisen erwartet man mit Sicherheit die Besetzung Thessaliens. Man wolle sich der

Ernte versichern, von der dann ein Teil der Bevölkerung von Abgriechenland zugewendet werden soll. Es soll verhindert werden, daß ein Teil der Ernte für die Armee des Königs Konstantin bestimmt werde. Man glaubt, daß man in Thessalien auf keinen nennenswerten Widerstand stoßen werde. Es sind bereits mehrere Abordnungen aus Thessalien im Saloniki eingetroffen und die Saloniki-Regierung hat einen Plan zur Befreiung Thessaliens ausgearbeitet.

#### Ein Ueberfall Villas.

W.B. Neuquay, 31. Mai. Neutermeldung. Nach einem Telegramm aus Presidio (Texas) haben die Truppen des Generals Villa den Ort Ojinaga in Mexiko, unmittelbar an der amerikanischen Grenze, überfallen. Die Garnison flüchtete unter Zurücklassung der Waffen nach Texas. Auch Frauen und Kinder ergriffen in großen Scharen die Flucht. Zollbeamte von Ojinaga, die in Presidio ankamen, teilen mit, daß Villa den Angriff selbst geleitet habe. Seine Truppen halten die Stadt besetzt. Das Hauptquartier liegt 20 Meilen östlich von Presidio.

### Die Revolution in Rußland.

Vom Kongreß der Frontvertreter.

W.B. Petersburg, 31. Mai. (Petersb. Tel.-Ag.) Der Kongreß der Frontvertreter hat nach Verhandlungen über den Krieg einstimmig die folgende Entschlieung angenommen:

1. Das Heer in den Schützengräben erklärt, daß es unumgänglich notwendig ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, um so schnell wie möglich dem internationalen Gemetzel ein Ende zu machen und einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentfädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts aller Völker zu schließen. Gleichzeitig erklärt es sich für das Wort: „Wer den Frieden will, muß sich auf den Krieg vorbereiten.“
2. Die Armee hebt hervor, daß sie als taierlich russisches Heer bisher unter unendlich schlechteren Bedingungen gekämpft habe, als die Heere der Alliierten Rußlands und daß der russische Soldat demnähe ungeduldet gegen die feindlichen Geschosse vorgehen und selbst die Drahtverhaue niederbrechen mußte, während die Alliierten und der Gegner sie erst nach Artillerievorbereitung frei überließen. Die Armee erklärt daher, daß die russische Front mit Munition und allem Notwendigen ausgestattet werden muß, Mehr Eisen und weniger Kanonenfutter!
3. Die Armee richtet einen Aufruf an jeden, dem ein freies Rußland teuer ist, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat und die vorläufige Regierung zu scharen, zu denen sie Vertrauen hat, da sie keine Abenteuer zulassen und die Armee nicht zum Dämon ausländischer Felder werden lassen wird.

#### Aus der russischen Arbeiterbewegung.

W.B. Bern, 31. Mai. (Nicht amtlich.) Der Petersburger Mitarbeiter des „Journal“ drückt, daß die Propaganda unter der Arbeiterkassette genau dasselbe bedrohliche Ergebnis gezeitigt habe, wie an der Front. Die jetzt aufgestellten Forderungen der Berg- und Metallarbeiter in der Umgebung des Dones werde tatsächlich binnen kurzen, falls sie aufrecht erhalten werden, zu einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise führen. Die Forderungen, die auch von anderen Berg- und Metallarbeiterverbänden aufgestellt wurden, werden nicht einzig aus beruflichen Gründen gestellt. Stobelen, der die Forderungen für anomal erklärte, hofft, daß es zu einer Verständigung mit den Arbeitern kommen werde. Bereits allen einige Industrielle der Regierung gegenüber versichert haben, daß sie alle Opfer bringen wollen, um die neue ernste Gefahr für Rußland zu beseitigen.

#### Auf des Meßers Schneide.

Köln, 31. Mai. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Der Berichterstatter des „London Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: „Wir laufen auf des Meßers Schneide“, erklärte am Sonntag in einer Versammlung der sozialistische Arbeitsminister Stobeleff „Das Fest der Umwälzung ist vorbei. Rußland kann nur durch Einigkeit, geschlossenes Auftreten und Opferwilligkeit aller seiner Bürger gerettet werden.“

In derselben Versammlung sprach der sozialistische Minister für das Ernährungswesen, Plechanow, und warnte vor einer Unterschätzung der Gefahr.

#### Ein Getreidemonopol undurchführbar.

W.B. Petersburg, 31. Mai. Der Verpflegungsminister Plechanow hat auf dem Kongreß der Frontvertreter eine Rede gehalten, in der er die wirtschaftlichen Fragen erörterte. Er stellte fest, daß ein Getreidemonopol bis jetzt nicht durchführbar sei, da die Organisation sehr verwickelt sei und viel Zeit beanspruche, besonders in den Gemeinden und Dörfern. Die Getreidezufuhren seien wieder bedeutender geworden, aber noch weit entfernt vom normalen Bedarf. Die Bevölkerung werde wahrscheinlich noch eine größere Getreidekrise durchmachen müssen, namentlich an Hafer fehle es; selbst bei der Durchführung eines Getreidemonopols würde die Lage sich wenig bessern, weil die Bauern dem Papiergeld keinen Wert beilegen. Rußland stehe vor einer Katastrophe, wenn nicht die Bevölkerung, namentlich die männliche, Opfer zu bringen wisse.

#### Großfürst Nikolai Nikolajewitsch verhaftet.

W.B. Berlin, 1. Juni. Uebereinstimmend berichten verschiedene Morgenblätter: Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sei auf Befehl der einstuweiligen russischen Regierung verhaftet worden. Das Vorgehen werde mit dem Ausbruch von Unruhen in Tiflis infolge anarchoistischer Werberarbeit in Verbindung gebracht.

#### Der russische Arbeiter- und Soldatenrat für eine internationale Friedenskonferenz.

W.B. Petersburg, 31. Mai. (Nicht amtlich.) Pet. Tel.-Ag. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Der Unt-

ausschuß des ausführenden Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz hat in seiner ersten Sitzung am 28. Mai Stockholm zum Tagungsort bestimmt, falls keine Einwendung dagegen gemacht wird. Als Zeitpunkt der Zusammenkunft schlägt der Ausschuß die Zeit zwischen dem 15. und 30. Juli vor, falls das holländische Büro und der Berner Ausschuß dem zustimmen.

#### Vom Offizierskongreß.

W.B. Petersburg, 31. Mai. (Petersb. Tel.-Ag.) Der Offizierskongreß der von der Front abgeordneten Offiziere nahm einen Beschlüß an, in dem die Bestrebungen der laufenden Regierung für einen dauerhaften Frieden und die Völkerverbrüderung begrüßt werden und erklärt, die einzigen Mittel, dahin zu gelangen, seien taikräftige Wiederherstellung der Kampfsfähigkeit der Armee und der unverzügliche Offensive.

### Zum Kongreß in Stockholm.

Beteiligung der englischen Sozialisten an der Stockholmer Konferenz.

W.B. Stockholm, 31. Mai. (Nicht amtlich.) Meldungen des schwed. Tel.-Büros. Der holländisch-skandinavischer Ausschuß hat von dem Minister Henderson auf seiner Durchreise in Stockholm die Mitteilung erhalten, daß die Arbeiter- und Sozialistenorganisationen Großbritanniens sich der Konferenz in Stockholm angeschlossen hätten. Die Mehrheitsabordnung werde Unterstaatssekretär Robert Mitchell des Unterhauses führen, die Minderheit Abgeordneter Ramsay MacDonald, Mitglied des Unterhauses.

### Eröffnung des österreichischen Reichsrats.

Wien, 1. Juni. Das österreichische Parlament wurde gestern durch eine vom Kaiser Karl I. beehrte längere Thronrede eröffnet. Dieselbe enthielt nochmals ein offenes christliches Friedensangebot gegenüber Rußland.

Nachdem das Büro des Reichsrats konstituiert war, gaben die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten Erklärungen ab. Der tschechische Abgeordnete Stanzel und der Südböhmische Poroces gaben Erklärungen ab, in welchen sie das Streben nach Vereinigung der von den Stämmen des tschechisch-slawischen Volkes bezw. von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu selbständigen Staatskörpern unter dem Scepter der Dynastie Habsburg ausbrachten. Abg. Kain (Tscheche) äußerte seine Sympathien für die russische Revolution und für die von ihr vertretenen Grundätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sämtlicher Völker.

Der Ukrainer Petrusziertez vertrat die Forderung nach Schaffung einer staatsrechtlichen Einheit der ukrainischen Gebiete im Rahmen der gesamtstaatlichen Organisation der österreichisch-ungarischen Monarchie. Er protestierte gegen die Angliederung der ukrainischen Gebiete von Cholmland, Podolien und Wolhynien an das zu schaffende Königreich Polen und begrüßte die Bestrebungen der Ukrainer Rußlands für die Erlangung der staatlichen Selbstbestimmung und ihres Reiches.

Abg. Pachor erklärte im Namen des deutschen Nationalbundes und der Christlich-Sozialen, jeder Versuch der Wiederherstellung des böhmischen Staatsrechts sowie die staatsrechtlichen Bestrebungen der südböhmischen Abgeordneten würden auf die abschließende Abwehr der Deutschen Österreichs hießen.

Der Obmann des Polenklubs Szaraski erklärte, der Polenklub werde im gegebenen Zeitpunkt zur Polenfrage Stellung nehmen. Der Pole Stajpinski stellte fest, daß auch die Polen den Standpunkt einmähnen, daß alle von Polen bewohnten Gebiete vereinigt werden sollen.

Ministerpräsident Graf Lam-Martinic erklärte, die Regierung werde zu dem Inhalt der vorgebrachten Erklärungen in einer der ersten auf die Thronrede folgenden Sitzungen Stellung nehmen.

Die nächste Sitzung findet am 5. Juni statt. Auf der Tagesordnung stehen die Ausschussarbeiten, der Bericht des Geschäftsausschusses über die Reform der Geschäftsordnung und das Budgetprovisorium.

Vom Präsidenten des deutschen Reichstags, Kaempf, wurde bei dem Präsidenten ein Telegramm mit herzlichen Grüßen und bundesfreundlichen Glückwünschen eingetroffen, in welchem erklärt wird: „Fest aneinander geschlossen kämpfen die Heere und die Flotten der verbündeten Reiche für unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit, für unser Leben. Der siegreiche Friede wird, das sind wir sicher, Büsten und Wälder vereint finden die Völker zu heilen, die dieser gewalttätige aller Kriege uns gebracht hat, und unsere Nationen zu neuer Blüte, Kraft und Wohlfahrt führen.“

#### Ein Kabinett Wackerle?

W.B. Budapest, 31. Mai. (Nicht amtlich.) Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Wackerle erklärte nach der Audienz beim Kaiser, nach seiner Ansicht werde sich die Angelegenheit anders lösen lassen, als mit einer freiwilligen Wahlreform, und wenn die neue Regierung die bisherigen wirtschaftlichen Abmachungen mit Oesterreich, wie sie das frühere Kabinett vereinbart habe, annehme. Die heutigen Morgenblätter erklären, daß Dr. Wackerle die meisten Ansichten habe, mit der Bildung des Kabinetts betraut zu werden, da seine Persönlichkeit den geeigneten Mittelweg für das Zusammenwirken aller Elemente bilde, die auf der Grundlage des 67er Ausgleichs bestehen.

### Aus der Partei.

\* Landtagsabgeordneter Genosse Julius Fräufel konnte am 28. Mai seinen 60. Geburtstag feiern. Vom Beruf trat er Anfang der neunziger Jahre in die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ein, in der er bald bedeutende Ehrenstellen bekleidete. Im Jahre 1893 wurde er in den sächsischen Landtag 1903 in den Reichstag gewählt. Im Verjährungswechsel und in der Sozialpolitik erwarb er sich bald einen hervorragenden Ruf. Als Vorsitzender des Ausschusses des Kampfbundes „Vorwärts“ gehörte ihm ein Hauptverdienst an dessen großer Entwicklung. Wir wünschen, der Jubilar möge noch viele glückliche Jahre in körperlicher und geistiger Frische leben und für die Arbeiterbewegung wirken.

### Beamtennot!

„Besonders schwer hat der deutsche Beamtenstand unter den Nöten des Krieges zu leiden, eine schwere, überhöhere Bürde trägt er seit vielen Monaten in Geduld. . . Von Stufe zu Stufe ist der deutsche Beamte herabgeglitten auf der sozialen Stufenleiter, so daß endlich Halt geboten werden muß, wenn nicht schlimme Folgen entstehen sollen. . . Der Krieg hat uns alle gelehrt, daß nur die geschlossene Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte und ihre durch einen Einheitswillen getragene Hinleitung auf ein festumgrenztes Ziel den Erfolg zu sichern vermag.“

Man las diese Sätze kürzlich in einem Aufruf einer Interessengemeinschaft der deutschen Reichs- und Staatsbeamtenvereine, der zurzeit 21 Verbände mit etwa 300 000 Mitgliedern angehören. Und seit dem 1. April ist die Zeitschrift dieser Beamtenvereine, „Die Gemeinschaft“, eine unablässige Rinderin ihrer gehäuften Nöte. Mutter Sorge sitzt Tag um Tag an dem Tisch jener Familien kleiner und mittlerer Beamten, die einst der Schimmer der Geborgenheit umwoh und nun alle Mühseligkeiten mehr oder minder proletarischer Lebensführung auf ihre Schultern laden müssen. Alte Schranken sind gefallen, neue Erkenntnisse sind emporgewachsen; die Beamtenfrage ist zu einem Teilproblem der Arbeiterfrage geworden, die, ein erster Mahner, an den Roren der Gesellschaft hoch und Lösung fordert.

Jeder kennt die Arbeitslast, die heute die in der Heimat verbliebenen Beamten zu leisten haben. Man erschrickt angesichts vergleichender Aufstellungen, wie sehr sie sich bei der Eisenbahn, bei der Post, in allen übrigen Staatsbetrieben und nicht zum wenigsten auch bei den Gemeindebeamten quantitativ gesteigert hat; wie die Ueberstunden empordrängen und die Ruhezeit eingengt wurde. Aber auch der Qualität nach sind alle Friedensmaßstäbe gefallen. Vermehrte Zusammenrängung der Tätigkeit, verdoppelte Aufsichtspflicht neben ungeschultem Hilfspersonal und der erhöhten Verantwortlichkeit: sie machen das Dasein von Hunderttausenden von Beamten heute zu einer Kette von Klagen, die zur Ueberanstrengung und Ueberreizung führen. Hier wird härteste Kriegsarbeit geleistet, für die wir vollstes Verständnis besitzen. Daneben aber wuchten die Ernährungsfragen auf diesen Schichten mit ihrer ganzen Schwere; ja, man fühlt sich gegenüber den Lasten der Feuerung noch wehrloser als bei den freien Arbeitern. Das in Friedenszeiten festgelegte Arbeitseinkommen der Beamten besitzt keine Elastizität, um sich einer verringerten Kaufkraft des Geldes anzupassen. Es hieß, den Riemen enger zu schnallen und sich einzugurten. Es kamen wohl Feuerungszulagen, die prozentuale Einkommenserhöhungen brachten, doch niemand darf behaupten, daß sie sich auch nur annähernd den sich sprungweise verändernden Lebensbedingungen anpaßten. Und die Zulagen kamen gewöhnlich erst, daran trug der schwerfällige Gang der Staatsmaschinerie die Schuld, wenn sich die Beamten schon viele Monate hindurch mit dem alten Lohne mühselig hindurchgehurgert hatten.

Alle Beamtenzeitungen, aus deren Spalten heute die Spuren des Ständebüchels geschwunden sind, hallen von bewegten Klagen der Beamtennot wider. Man wird ihnen ohne weiteres darin zustimmen, daß sich die große Mehrzahl der Beamten heute in einem gewissen Sinne in einer schwierigen Lage befindet als große Gruppen der Arbeiterklasse. Hier sind, vor allem in der Rüstungsindustrie, die Lohnskalen nicht mehr fest umgrenzt, und wenn auch der gesteigerte Lohn vielfach durch gewaltige Ueberleistung schwer genug erarbeitet wurde, so sind doch mehr Ausgleichungsmöglichkeiten vorhanden als bei den Beamten. Sinzu kommt, daß sich bei diesen der große Treiber und Dränger, die Organisation, erst jetzt langsam als sozialer und auch als politischer Helfer in Bewegung setzt. Zu lächerlich wäre es auch heute, der „gehobenen Existenz“ zu schmeicheln; man klagt die wucherischen Auswüchse des Kapitalismus ganz im Sinne und im Tone der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Presse an; man bekämpft, selbst in den allerlopalsten Eisenbahner- und Schutzmannszeitungen, die Versuche, mit Hilfe neuer indirekter Steuern die Lasten der breiten Volksschichten zu vergrößern. Und man begrüßt die Versprechungen der „Neuorientierung“, die Osterbotschaft, sagt den reaktionären Störern Urfehde an, kurz, man erkennt eine sich zur Selbständigkeit durchringende Politisierung der Beamten schichten, die sich mit der sozialen Erkenntnis ihrer Klassenlage vereinigt. Man sieht hier einen Teilkampf gegen die unausbleibliche Zerreibung des Mittelstandes oder solcher Gruppen, die einmal hofften, in ihn hineinzugleiten, — eine der so oft dargelegten ebernen Folgen des Krieges.

Alle Nachteile des Beamtenlebens haben sich indessen bei den Privatbeamten und -Angestellten erst recht zusammengefügt. Das Unternehmertum in der Industrie, das sich unter dem Zwange der Lage des Arbeitsmarktes zu Lohnerhöhungen für die Arbeiter verstehen muß, verperrt sich selbst bei fabelhaften Kriegsgewinnen oft mit einer Hartnäckigkeit den gleichgerichteten Wünschen ihrer Helfer in den Bureaus, in den technischen Betrieben, die tiefste Erbitterung erzeugt. Nicht minder eindringlich sind die Klagen der eigentlichen Handelsangestellten; die großen Gewinne, die in gewissen Geschäftszweigen gemacht wurden und gemacht werden, finden keinen Niederschlag in einer erhöhten Befoldung. Daneben eine Reihe von Fragen: die gewaltig gesteigerte Frauenarbeit, die nicht so einfach „abgebaut“ werden wird wie in den Staatsbetrieben, für die dies halb und halb zugelegt worden ist. Sie wird als lohnbrüchendes Moment fortwirken und muß die Zukunftsforgen der Angestellten im Felde vergrößern, die nur „nach Maß und Gerechtigkeit“ in ihre alten Posten zurückkehren sollen. Bedenkenlos beuten viele Unternehmer die „Reklamation“ gegenüber ihren Angestellten in einer Weise aus, daß diese unter dem ständigen Drucke sich nicht zu rühren wagen und sich knirschend mit dem geringen Gehalt bescheiden. Viele Träume vom „neuen Mittelstand“ haben sich in Wangen um die nackte Existenz verwandelt, und ihre Aussichten werden durch keine großen, geschlossenen Organisationen gebessert. Mit Ausnahme des kleinen freigewerkschaftlichen Zentralverbandes sieht man hier trotz des Krieges die alte

Ständespflege, die von jungen Erkenntnissen noch wenig be-  
schwert ist.

Aber was ihm auch noch hinderlich sei: ein neues Wollen rechtlich unwiderstehlich empor. Das Erleben des Krieges hat die Beamten schichten, alle unfehl-  
ständigen Mittelgruppen unserer Volksgemeinschaft durch-  
einandergerührt und liebevoll gepflegte Ueberlieferungen  
über den Haufen gerannt. Neue wirtschaftliche und politische  
Heerscharen, die in den Grundfragen mit der organisierten  
Arbeiterschaft marschieren werden, stoßen zu allen  
Kämpfern gegen den ausbeutenden Kapitalismus, für Frieden und Freiheit!

### Ausland.

#### Eintritt eines tschechischen Sozialisten ins Ministerium?

Genosse Dr. Soukup schreibt im Prager „Pravo Lidu“ („Volkrecht“): „Die tschechischen Sozialisten würden sich entschließen, das Opfer zu bringen und die Verantwortlichkeit eines Ministerpostens zu übernehmen, wenn dies der Wunsch der ganzen Partei und der klaren Wille des organisierten tschechischen Proletariats und der tschechischen Nation sein würde. Erst unter diesen Bedingungen würde unsere Mitarbeit aufrecht und eine Lust sein.“

#### Der polnische Staatsrat streift.

Der polnische Staatsrat hat an die beiden Regierungen des Okkupationsgebiets des Ostens gewisse Forderungen gestellt. Hierzu teilt man der „Berl. Lokalan.“ mit: „Wenn auch mit einer Lösung der Regimentsfrage und einiger anderer Punkte, die von Staatsrat als dringentlich bezeichnet wurden, nicht unmittelbar gerechnet werden kann, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die zwischen Berlin und Wien inzwischen geführten Besprechungen bereits zu dem Beschluß gelehren sind, dem polnischen Staatsrat noch größere Befugnisse auf staatsrechtlichem Gebiet einzuräumen, wodurch sich dessen Tätigkeit in mancher Hinsicht fruchtbringender gestalten könnte. Der Staatsrat hat bis zum Eintreffen dieser Mitteilungen seine Sitzungen ausgesetzt.“

### Englische Freiheit und englische Zensur.

Die Nachricht, daß die englische Regierung den Vertretern des äußersten linken Flügels der Sozialisten die Pässe nach Stockholm verweigert habe, ist bisher nicht widerrufen worden. Sie veranlaßt uns, die viel gepriesene englische Freiheit, die unsere Gegner bekanntlich dem deutschen Volke gewaltig ausfrotzieren wollen, genauer unter die Lupe zu nehmen, insbesondere hinsichtlich der Zensur. An sich stützt sich die englische Zensur rechtlich nur auf das Reichsverteidigungsgesetz, das die Verbreitung von Nachrichten, die militärisch schädlich wirken können, verbietet. In allen innerpolitischen Angelegenheiten macht aber die Regierung in weitgehendem Maß Gebrauch von den Bestimmungen des gemeinen Rechts, das nicht wie bei uns in einem Gesetzbuch zusammengefaßt vorliegt, sondern das sich in einem zerstreuten und völlig unübersichtlichen Zustand befindet. Damit ist natürlich der Willkür der Zensur Tür und Tor geöffnet. Als Lloyd George in der Weihnachtswoche 1915 zu Glasgow mit Arbeitern verhandelte, wurde auf Grund solcher Bestimmungen des gemeinen Rechts der Presse verboten, einen anderen als den amtlichen Bericht zu bringen, obwohl dieser in libe-  
ralen Wäldern und in der Arbeiterpresse als gräßlich irreführend bezeichnet wurde. Das Arbeiterblatt „Forward“, das einen selbständigen Bericht gebracht hatte, wurde beschlagnahmt. — Am 26. Oktober 1916 berichtete das St. Galler Tagesblatt unter der Ueberschrift „Englische Freiheiten in Kriegszeiten“: „Dem englischen Philosophen Bertrand Russell ist von der Regierung verboten, in gewissen Teilen Englands Vorträge über das Thema „Wie die Welt gesteuert werden könnte“, zu halten.“ Solche Vorfälle haben das englische Volk sehr verbittert; es nahm Rache, indem es die maßgebenden Instanzen mit derben Epigrammen belegte. Der Zensur wurde als „Nonjensen“ d. h. als „Unsiniger“, das Preshbüro als „Preshbureau“ (Preshfenster) verspottet.

Seit Beginn dieses Jahres hat eine verstärkte Ueberwachung der Presse eingeleitet, namentlich seitdem der U-Bootkrieg und die Versorgungsnot ihre Wirkung gezeigt haben. Die Anzeichen, daß in England jetzt Präventivzensur besteht, mehren sich. Im Unterhaus wurde die Bemerkung eines Abgeordneten, daß jede Kritik der Salonierexpedition verboten sei, unwillkürlich gelassen. Sehr auffallend ist ein Zirkular, das der Direktor des Preshbüros am 20. März an die Zeitungen richtete. Er forderte sie auf, alle Artikel, die sich auf Vergarbeiterlöhne und auf Entschädigung der Rohlengrubenbesitzer, deren Gruben von der Regierung übernommen werden, beziehen, vorher der Zensur vorzulegen. Es handelt sich also um eine Mundtotmachung der öffentlichen Meinung in einer Angelegenheit die die an sich rein militärische Zensur in keiner Weise etwas angeht und bei der ein Gewalthaber, der keine Kritik zu fürchten braucht, höchst verhängnisvoll wirken kann. Viel böses Blut hat in England und auch in den mit ihm verbündeten Ländern das Ausfuhrverbot gemacht, das jetzt glücklich über 28 Zeitungen die sich in keiner Weise gegen das Reichsverteidigungsgesetz vergangen haben, verhängt worden ist. Am meisten Staub aufgewirbelt hat das Verbot, die „Nation“, das große liberale Blatt, das namentlich in Amerika viel gelesen wurde, auszuführen. In einer Nummer der „Nation“, die seit Erlaß des Verbotes nach Holland geschmuggelt wurde, wird die Lage auf der großbritannischen Insel wie folgt geschildert: „Das offizielle England läßt nur die Ringpresse zu und es verliert, eine Art Ober-Reklamation zu sein, um die Presse nach dem offiziellen Vorbild zu modellieren. Das ist so gut gegliedert, daß in einer Zeit, in der das Land der Kritik am meisten bedarf, der Geist des Volkes in Ketten lag.“

### Deutsches Reich.

#### Die Folgen eines alldeutschen Briefes.

Der „Berl. Lokalan.“, der sich den Alldeutschen stark genähert hatte, rückt jetzt wieder von ihnen ab. Die Urliche

hierbei ist der bekannte Brief des alldeutschen Generals von Gehlert an den Reichskanzler. Das Blatt schreibt:

„Sein Maibrif vom Jahre 1915, der unter dem Nachklang des Kanonendonners von Gorlice geschrieben war, hat jetzt, als er veröffentlicht wurde, zweifellos eine andere Wirkung gehabt als damals beabsichtigt wurde. Wir lehnen den alldeutschen Standpunkt im allgemeinen und im besonderen ab und wir haben es nie unterlassen, auf die Ueberreibungen und Fehler sowie auf die Schäden hinzuweisen, die aus jener Tätigkeit schon häufig entstanden sind. Etwas anderes ist es, daß auch die alldeutsche Bewegung, wie manche andere, gute Absichten verfolgt. Gerade deshalb aber muß auch der Andersdenkende bedauern, daß es überhaupt möglich war, einen solchen Brief unter der alldeutschen Firma hinausgehen zu lassen. Absicht und Wirkung sind so schlecht berechnet, wie es bei nur leidlicher Geschäftsführung nicht vorkommen darf. Am meisten zu rügen bleibt aber die Veröffentlichung selbst; sie ist besonders im gegenwärtigen Augenblick, in dem es nicht auf die Scheidung, sondern auf die Einigung der Geister ankommt, mit allem Nachdruck zu verurteilen.“

Man merkt den Meger, der dem Blatte durch die Veröffentlichung des Briefwechsels erwachte.

#### Keine Annektionen, aber Angliederung.

Im „Tag“ hat es Dr. Robert Hejnen auf Litauen abgelesen. Er schreibt:

„Die Litauer sind von allen Fremdböllern, die wir bisher innerhalb unserer Grenzen zu beobachten hatten, die weichsten und willigsten gewesen, sich mit uns einzurichten. An Annektion, willigen Aufnahme ins deutsche Reichsbürgerrecht, denkt kein verständiger Mensch. Doch wie immer die Form auch sei, in der wir uns dieses hülfel angliedern wollen, Schutzgebiet oder Selbstverwaltung mit deutscher Oberhoheit in allen militärischen, wirtschaftlichen und gesetzgeberischen Fragen, dies ist ganz unwichtig im Vergleich mit der Hauptsache, die deutsche Notbremse endlich vor frechem Einbruch zu sichern. Litwa und Grodnos sind für unsern Osten das gleiche, was Mex und Straßburg für unsern Westen bedeuten. Die Vorteile, die wir allein aus dem Besitz von Mex für unsern westlichen Aufmarsch im August 1914 gezogen haben, sind gar nicht abzuschätzen.“

Der derzeitigen russischen Regierung kann nichts gelegen kommen als derartige Pläne von deutscher Seite, die an Landesverrat grenzen, weil sie geeignet sind, das Reich zu schädigen, d. h. den Krieg zu verlängern und Hunderttausende hinzupfern. Amerionsklisterne Heimgrieger würden im Schützengraben gut aufgehoben sein.

#### Das Schicksal der „Bremen“.

Zu dem bisher in der Öffentlichkeit noch immer nicht aufgekärten Schicksal des Handelsunterseebootes „Bremen“ bringt die neugegründete „Schiffahrtszeitung“ einen weiteren Beitrag, indem sie schreibt: Auf dem Handelsunterseeboot „Bremen“, das im August v. J. von Deutschland abgegangen ist, befand sich eine größere Partie amerikanischer Wertpapiere. Wie wir den New Yorker „Times“ vom 14. April 1917 entnehmen, haben sich die Eigentümer eines Teiles dieser Papiere an die in Frage kommenden Eisenbahngesellschaften gewandt und die Ausstellung von Duplikaten der Effekten mit der Begründung verlangt, daß die „Bremen“ mit ihrer gesamten Ladung verloren gegangen sei. Die Eisenbahngesellschaft hat diesem Verlangen entsprochen und die Papiere gegen angemessene Sicherheitsleistung ausgestellt.

#### Ausfuhrverbot für Papier, Papierwaren und Rohstoffe.

Der Reichskanzler erläßt eine Bekanntmachung, nach der die Aus- und Durchfuhr von Papier, Pappe und Waren aus Papier- und Papprohstoffen verboten ist.

#### Gute Geschäfte der Landwirtschaft.

Auf dem 27. Verbandstag der sächsischen landwirtschaftlichen Genossenschaften berichtete Deconomierat Mann-Neugersdorf über das verflozene Geschäftsjahr. Aus dem Bericht ging hervor, daß es der Landwirtschaft noch nie so gut gegangen ist, wie gerade in der jetzigen Kriegszeit. Darüber läßt sich auch nicht alles Ramentieren über die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirte jetzt zweifellos bei Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und vor allem in der Futtermittel- und Düngemittelfrage zu kämpfen haben, hinweg.

Nach dem Bericht hat die Kriegszeit die genossenschaftliche Tätigkeit ungünstig beeinflusst. Handel und Wandel, vornehmlich aber die Landwirtschaft, litten unglücklich unter dem Zwang der Kriegswirtschaft, wodurch selbstverständlich auch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Mitleiden-  
schaft gezogen wurde. Dessen ursprüngliche Aufgabe, den Landwirt in der freien Ausübung seiner wirtschaftlichen Kraft zu fördern und zu stärken, trat weit zurück hinter der Notwendigkeit, alle Anstrengungen darauf zu richten, den Landwirten die Möglichkeit zu verschaffen, den Anforderungen zu genügen, die zahllose, oft ganz unverständliche und sich widerprechende behördliche Bestimmungen an ihnen stellten. In dieser Beziehung hätten die Genossenschaften Großes geleistet.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich im Kriegssturm glänzend bewährt. Die Volkerei-Genossenschaften, für die Fetterzeugung von größtem Werte, hätten dafür gesorgt, daß nicht auch die Butter vom Marke gänzlich megoranisiert worden sei. (Und gerade in diesem Falle hat die R.E.G. gut gewirkt, denn wir hätten sonst heute Butterpreise von schwindelnder Höhe.) Wer aber glaube, daß nach dem Frieden sofort wieder die goldene Zeit der Kaufkraft eintreten werde, irre sich. Ganz Europamange an Hungertude. Die Jagd nach Lebensmitteln werde noch mindestens ein Jahr anhalten. Deshalb werden Brot, Fleisch und andere Marken noch eine lange Zeit beibehalten werden.

Bei der Landwirtschaftlichen Zentral-Genossenschaftskasse wurden bei der 6. Kriegsanleihe 10 600 000 Mk. gezeichnet. Im ganzen waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften bei allen sechs Kriegsanleihen mit rund 37 600 000 Mk. beteiligt. Der Gesamtumfang dieser Kasse betrug 1916 443 Millionen Mark gegen 308 Millionen Mark im Jahre 1915, also ein Mehr von 135 Millionen! Die Guthaben der Genossenschaften beliefen sich Ende 1916 auf 22 300 000 Mk. und waren um 9 300 000 Mk. höher als Ende 1915!!

Demit die  
nicht zur Verfü  
auch in P  
die Ruchherf

### Elbaf-

Unser Part  
tel wieder, i  
einige Frage  
zialisten an  
Elbaf-Rotbrin  
bedeuten wäre  
bestehen würd  
von Kaufman  
Der Alldeu  
Bei einer  
Jugendbüch  
welche nicht  
lange schwarz-  
mäßige sich, g  
welchem Falle  
wirtschaftli  
verantwortung  
heiten und w  
Schwierigen ma  
weil sie ein  
neuerwachte  
eten, wie sie b  
Elbaf-Rotbrin  
gestaltet, wo  
Erfahrungen w  
unsern teuren  
weil. Der erb  
alle Mann  
Das man in P  
in ihren politi  
Nere der Klage  
aus herüber  
wir mit un  
kann uns alle  
mit den Se  
Grundlage, in  
autonome Bund  
Berale muß auf  
in Klagen des

### Beitragung

Nach einer  
den Generals  
zu einem  
Kunde mit Gaf  
die Reichsgren  
dem neutralen  
Militärbefehlsh  
überfreitet; n  
über eingerich  
Wahrung entzie  
Mehrwegen ab  
Kaufpreis seiner  
ind, wer vor  
hiers erlassenen  
überberhandelt  
Kaufkraft im  
Reichsgrenze  
funde einen Si  
Etempel einer  
aber von einer  
lebenden Urkun

### Beitragung

Nach einer  
den Generals  
zu einem  
Kunde mit Gaf  
die Reichsgren  
dem neutralen  
Militärbefehlsh  
überfreitet; n  
über eingerich  
Wahrung entzie  
Mehrwegen ab  
Kaufpreis seiner  
ind, wer vor  
hiers erlassenen  
überberhandelt  
Kaufkraft im  
Reichsgrenze  
funde einen Si  
Etempel einer  
aber von einer  
lebenden Urkun

### Beitragung

Nach einer  
den Generals  
zu einem  
Kunde mit Gaf  
die Reichsgren  
dem neutralen  
Militärbefehlsh  
überfreitet; n  
über eingerich  
Wahrung entzie  
Mehrwegen ab  
Kaufpreis seiner  
ind, wer vor  
hiers erlassenen  
überberhandelt  
Kaufkraft im  
Reichsgrenze  
funde einen Si  
Etempel einer  
aber von einer  
lebenden Urkun

### Beitragung

Nach einer  
den Generals  
zu einem  
Kunde mit Gaf  
die Reichsgren  
dem neutralen  
Militärbefehlsh  
überfreitet; n  
über eingerich  
Wahrung entzie  
Mehrwegen ab  
Kaufpreis seiner  
ind, wer vor  
hiers erlassenen  
überberhandelt  
Kaufkraft im  
Reichsgrenze  
funde einen Si  
Etempel einer  
aber von einer  
lebenden Urkun

**Ruchensbrotverbot in Württemberg.**

Demit die Bäcker das zum Brotbacken bestimmte Mehl zur Herstellung von Ruchens anderer Art verwenden, ist auch in Württemberg allen Brotbäckern vom 1. Juni ab die Ruchensherstellung verboten.

**Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern.**

Unser Parteiblatt in Müllhausen gibt einen längeren Artikel wieder, in welchem ein Alt-Elsaßer, der die elsch-lothringische Frage untersucht, die durch die Anfrage der russischen Konsuln an die französischen Delegierten, ob sie, wenn Elsaß-Lothringen das einzige Hindernis für den Abschluß des Friedens wäre, auf der Rückgabe dieser Provinzen wieder bestehen würden, wieder in einen Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt ist.

Der Altelsaßer sagt in seinem Artikel:

Bei einer Entscheidung des elsch-lothringischen Volkes über seine Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen würde es sich für welche nicht einfach darum handeln, ob künftighin an der Färbung lange schwarz-weiß-rot oder blau-weiß-rot wehen solle, sondern es würde sich, getreu seiner Parole, die erste Frage vorlegen: In welchem Falle sind meine nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen am besten gewahrt? Die Betrachtung dieser Frage führt über die weitere Frage: Was werden und würden Frankreich oder das Deutsche Reich aus Elsaß-Lothringen machen zur Verwirklichung unserer Ideale? — Frankreich ist ein zentralisierter Einheitsstaat ohne selbständige Stammesverwaltungen, für Sonderbestrebungen und Stammeseigenheiten, wie sie bei uns ausgeprägt sind, ist darin kein Raum. Elsaß-Lothringen würde wieder in drei isolierte Departements zerfallen, wie es vordem war, und mit unseren berechtigten Hoffnungen wäre es für immer vorbei, zu Ende mit unserem teuren Erbschafttum, zerissen die heilige Fahne rot und weiß. Der erdrückenden Majorität des Völkchens müßte unser allemännisches Wesen voll kommen unterliegen. Das man in Frankreich auch nicht gewillt wäre, die Elsaß-Lothringern ihren politischen Glauben selbst pflegen zu lassen, beweist das Meer der Klagen unserer dortigen Landsleute, deren Wollen zu uns herüberschlagen. ... Frankreich kann und will uns nicht geben, was wir mit unserer Parole verlangen. Deutschland hingegen kann uns alle Wünsche befriedigen. Seine bundesstaatliche Struktur mit den Selbstverwaltungen im engeren Rahmen bilden eine Grundlage, in welche das Elsaß-Lothringen unserer Wünsche, der gesamte Bundesstaat, organisch hineingehört. Unsere vollständige Parole muß also lauten: Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern im Rahmen des Reichs! ...

**Baden.**

**Beitragung von Zuwiderhandlungen gegen die Passvorschriften.**

Nach einer neuen Verordnung des stellb. kommandierenden Generals für das 14. Armeekorps wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorhandensein milderer Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft: wer die Reichsgrenze unbefugt, oder die Grenze nach oder aus dem neutralen Ausland an anderen Stellen als den von den Militärbehörden eingerichteten Grenzübergangsstellen überschreitet; wer sich bei einer von einem Militärbehörden eingerichteten Grenzübergangsstelle der militärischen Prüfung entzieht; wer eigenmächtig von den Reisejeheln oder Reisejeheln abweicht, die ihm im Sichtvermerk einer zum Nachweis seiner Person bestimmten Urkunde vorgezeichnet sind; wer vorsätzlich den zur Überwachung des Grenzverkehrs erlassenen Anordnungen der militärischen Grenzstellen widerhandelt; wer eine zum Nachweis einer Person für den Aufenthalt im Reichsgebiet oder für den Uebertritt über die Reichsgrenze bestimmte Urkunde oder in einer solchen Urkunde einen Sichtvermerk oder einen sonstigen Eintrag oder Abdruck einer amtlichen Stelle fälschlich anfertigt, verfälscht oder einer verfälschten oder von einer Dritten gefertigten Urkunde Gebrauch macht.

**Die Erzeugerpreise für Obst.**

Von der Reichskommission der Badischen Obstversorgung wurden unter Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende Erzeugerpreise für Obst festgelegt: Erdbeeren 30 S für das Pfund, Musbeeren 30 S, Walderdbeeren 1,20 M, Johannisbeeren 25 S, Stachelbeeren (reife und unreife) 25 S, Himbeeren 50 S, Heidelbeeren 35 S, Preiselbeeren 40 S, Kirchen, großfrüchtige Versandware, 30 S, Kirschen, weiche, kleine und Brennfrüchtige 20 S, Reineclaunen 20 S, Pflaumen und Frühweidchen, großfrüchtige Pflaumen und Frühweidchen 25 S, kleinfrüchtige Pflaumen 15 S, Mirabellen 35 S für das Pfund.

**Bei der Hauptversammlung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz**

Seit Kriegsbeginn bis zum 31. März 1917 ein: aus Liebesgaben 1231 133 M, aus der Wollsammlung 88 696 M, aus der Metall- und Edelmetallsammlung 147 850 M und aus Anlässen zum Gedenken vom Roten Kreuz 1 687 591 M. Die Ausgänge betragen u. a. die Weihnachtsspendung 1914 (1032 Kisten) im Werte von 945 943 M, die Weihnachtsspendung 1915 mit über 11 000 Kisten im Wert von fast 42 000 M, die Weihnachtsspendung 1916 (2821 Kisten, 29 Kisten) im Werte von 187 184 M, die Oster- und Pfingstspendungen im Wert von 274 300 M. Für Sendungen an Kriegsgemeinden in Russland 1915 wurden 85 867 M aufgewendet. Die Sendungen an Truppen nach West und Ost verursachten einen Aufwand von etwas über 685 000 M und die Verschickung an Einzelpersonen und einzelne Formationen einen solchen von 86 684 M. Für die Erfrischungsfaktionen wurden an Einzelgästen aufgewendet 76 425 M, für Sanitätsmannschaften etwas über 31 000 M, für Lazarette auswärts 25 484 M. Lebensmittel wurden erworben im Gesamtwert von fast 619 000 M.

Freiburg, 1. Juni. Seit einiger Zeit ging hier das Gerücht um, daß beim Lebensmittelamt „gewaltige Durchstichereien“ entbunden worden seien. Die Angelegenheit kam nun vor dem Schöffengericht zur Verhandlung und dabei stellte sich der Fall nicht so schlimm heraus, wie es nach den wilden Gerüchten zu sein schien.

Allerdings standen 15 Personen vor dem Gericht, die zum Teil auch gefänglich waren, Lebensmittelarten auf Brot, Mehl, Butter usw. in kleineren Mengen beiseite geschafft zu haben. Sie hatten sich an den Tagen, an denen sie Ueberstunden hatten und bis spät nachts im Lebensmittelamt arbeiten mußten, die Brotarten, welche auf Tischen oder in Papierfärbten lagen, genommen. Das Schöffengericht sprach Gefängnisstrafen von einigen Tagen und Geldstrafen zu je 20 M aus.

o. Nellingen, 1. Juni. Bei Schwenningen geriet die 55jährige Ehefrau des Straßenswarts Theod. Friedrich infolge Scheuens der Kühe unter den Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie starb. — Am 1. Juni d. J. sind 25 Jahre vergangen, seit Oberdorf a. N. von einem großen Brand heimgesucht worden war. Zerstört wurden damals 85 Häuser und 50 Familien wurden obdachlos. Ein elsfähriger Knabe hatte das Feuer aus Rache gelegt. Er war zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

o. Mannheim, 31. Mai. Der 44jährige Tagelöhner Adolf Launger hatte hier einen Einbruch in einen Keller verübt und sich dort Nahrungsmittel angeeignet. Mit Rücksicht auf seine hohen Vorkrisen verurteilte ihn die Strafkammer zu 8 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

o. Mannheim, 31. Mai. In einer am Samstag bei der Altriper Fährde gelandeten Reiche wurde der 35 Jahre alte ledige Landwirt Reinhard Stiff aus Reinsheim (Ami Philippsburg) erkannt, der am 24. d. M. beim Baden ertrunken war. — Gestern abend ertrank der 9 Jahre alte Volksschüler Martin Geiger aus Käfertal beim Baden am rechten Redarfer in der Nähe des neuen Kranenbajufes. Die Leiche wurde an der Unfallstelle gelandet.

o. Mannheim, 31. Mai. Das Schöffengericht verurteilte die beiden Ehefrauen Barbara Simon und Rosina Schmidt, weil sie der Milch 37 Prozent Wasser beimischten, zu je 100 M Geldstrafe. \* Heilberg, 1. Juni. Auf dem Hauptbahnhof sind umfangreiche Fleischmengen beschlagnahmt worden, die an hiesige Hotels geliefert werden sollten. Als Mäler in der Angelegenheit wurden ein feinerer Bäckmeister und ein Wirt verhaftet.

**Aus der Stadt.**

\* Karlsruhe, 1. Juni 1917.

**Wo bleibt unser Leder?**

Die Ursachen der Knappheit an Leder werden in einem von der Kriegs-Leder-Aktien-Gesellschaft verbreiteten Flugblatt besprochen. In den mit Bildern versehenen Ausführungen heißt es u. a.: Kermieder für Sohlen kann nur aus Kindshäuten hergestellt werden. Zu Friedenszeiten führte Deutschland von diesen Kindshäuten aus dem Ausland, besonders aus Südamerika jährlich insgesamt 8 Millionen Stück ein. Die Menge würde, nebeneinander auf der Erde ausgebreitet, etwa 20 Millionen Quadratmeter bedecken. Diese Zufuhr fehlt jetzt vollkommen. Außerdem ist die Schächtung von Kindvieh in Deutschland ganz erheblich zurückgegangen. Der Vorrat bezw. der Zufuhr der nötigen Rohware hat sich erheblich verringert. Ein Ausgleich für die Abnahme des Rohstoffes würde nur durch einen entsprechenden Rückgang im Verbrauch möglich sein. Der Krieg hat aber viele Millionen Deutsche im wahren Sinne des Wortes auf die Beine gebracht, denn der größte Teil der männlichen Bewohner Deutschlands trägt schwer benagelte Marschschuhe, Gamas, Koppel und Tornister und Reiterwesten. Die Kavallerie bekommt Reitbojen mit festem ledernen Boden, ein Paar hohe Stulpenstiefel, Koppelzeug usw., ferner Sattel, Zaumzeug und Satteltasche, die Artillerie erhält außerdem Reitpeitsche, Bügel, lederne Mäntel für den Geschößteil des Rohres. Auch werden alle Eienteile der Kanonen, die mit Händen berührt werden müssen, im Winter mit Leder umwickelt.

Nach den Anweisungen des Kriegsministeriums läßt die Kriegs-Leder-Aktien-Gesellschaft aus allen verfügbaren Gütern militärisch brauchbares Leder herstellen. Ihr Wirtschaftsbereich erstreckt sich nicht nur über die Heimat, sondern weit hinein in die besetzten Gebiete. Etwa neun Zehntel aller erreichbaren Ledermengen werden für die Armee verwendet und selbst das übrigbleibende eine Zehntel bleibt nicht ausschließlich für die Daheimgebliebenen, sondern muß auch noch als Treibriemen für Fabriken, die Geschütze, Geschosse, Kampfmittel und ferner Nahrungsmittel bearbeiten, verwendet werden. Zur gleichmäßigen Verteilung der wirklich verfügbaren Ledermengen an alle Bevölkerungsschichten ist vom Reichsamt des Innern die Kontrollstelle für freigegebenes Leder geschaffen worden.

Um für Sohlen auch andere Stoffe verwerten zu können, ist die Ersatzsohlen-Gesellschaft m. b. S. gegründet worden. Im übrigen muß betont werden, daß die Lederpreise in Deutschland infolge umfassender Maßnahmen trotz der Knappheit des Materials wesentlich niedriger als in anderen neutralen und kriegführenden Ländern sind.

**Die ersten Kirschen**

wurden gestern auf dem Markte zu 90 Pfg. das Pfund feilgeboten.

\* Fischverkauf. Von heute an werden in der städtischen Fischmarkthalle Stockfische verkauft.

\* Unfall mit Todesfolge. Der 17 Jahre alte Rangierer Friedrich Störzener aus Wöflingen legte sich gestern nachmittags beim Rangieren in einem hiesigen Werke auf den Puffer eines Eisenbahnwagens, stürzte ab, wurde überfahren und sofort getötet.

\* Der Honigwucher im Anzug. Die Vertreter des Großhandels bereiten eben die wichtigsten Honiggebiete und übernehmen den Honig der neuen Ernte bereits zu einem Preise von 400 M pro Zentner. Die Frage ist berechtigt, ob deshalb die Regierung 800 000 Zentner Zucker für die Honigproduktion zur Verfügung gestellt hat, daß solche wahnwitzigen Preise gemacht werden. Schleuniger Höchstpreis, der mit 3 M für das Pfund angemessen ist, ist sofort zu veranlassen.

\* Die Süßstoffnot. Schon bisher hat man bei dem Mangel an Zucker das fast gänzliche Fehlen des Süßstoffs schwer empfinden. In den Familien ließe sich viel besser in der gegenwärtigen „hungrigen“ Jahreszeit auskommen, wenn für die Bereitung mancher Speisen Süßstoff vorhanden wäre. Daß es an Zucker fehlt, muß man hinnehmen, obwohl wir an einen Zuckermangel in solchem Grade, wie man ihn zur Begründung des auf eine winzige Menge herabgedrückten Verbrauchs behauptet, nicht glauben, denn alle Zuckerraffinerien sagen von sich, daß ihre Vorräte sich so unheimlich häufen, daß sie fast darin ertrinken, und daß

ihre Lageräume trotz fortgesetzter Erweiterung immer wieder längt nicht ausreichen. Süßstoff, Saccharin, aber sollte in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Bis vor einigen Monaten gab es das auch. Warum und woher auf einmal das vollständige Ausbleiben? Jetzt, wo die Zeit der Früchte kommt, wo man alles tun sollte, dem Volke die Ernährung durch Ausmischen des hoffentlich reichen Früchtelegens durch frisches Essen oder Einmachen zu erleichtern, gerade jetzt also verhängt man über das Volk sozusagen eine Süßstoffperre, wie es die feindliche Absperrung nicht gründlicher bewirken könnte. Daß das Volk darüber erstarrt und zugleich erbittert ist, ist nur zu begreiflich. Mit solchen Nebenarten tröstet man darüber nicht hinweg, sondern man hilft nur durch Taten.

Wir können nicht glauben, daß die Möglichkeit ausgeschlossen ist, mehr Süßstoff bereitzustellen. Die städtischen Verteilungsstellen freilich müssen sich wie die Verbraucher mit dem begeben, was ihnen zugewiesen wird. Aber die Reichsstellen hätten die Möglichkeit, die Erzeugung von Süßstoff ganz bedeutend zu steigern, die zudem für das Reich ein glänzendes Geschäft darstellt. Es dürfte kein Gemütmittel geben, das in dem gleichen Maße wie der Süßstoff überbeuert ist. In Rücksicht auf die Zuckererzeuger. Obgleich der Süßstoff sehr billig hergestellt werden kann, muß er so viel kosten, daß auch beim Zucker der gleiche Süßwert nicht höher zu stehen kommt. Dabei hat der Süßstoff keinerlei Nährwert. Man fürchtet für die wirtschaftlichen Interessen der politisch sehr einflussreichen Zuckererzeuger nach dem Kriege, und läßt lieber die Bevölkerung Mangel leiden, als daß man etwas tut, was diese Kreise nicht wollen. Anders als die jetzt zur Ausgabe kommenden Süßstoffe könnten ebenfalls reichlich zur Verfügung stehen, werden aber nicht zur Herstellung zugelassen. Man bezeichnet sie trotz entgegenstehender zuverlässiger Gutachten als schädlich, gerade so wie früher das Saccharin als angeblich die Gesundheit nachteilig beeinflussend nicht zugelassen wurde. Hier wie dort dreht es sich aber lediglich um die Wahrung der bereits besprochenen Interessen der Zuckererzeuger. Wenn die Reichsstellen nicht dazu zu bringen sind, eine Aenderung einzutreten zu lassen, soll wenigstens die Bevölkerung wissen, wo der Haken sitzt.

\* Der Obst- und Gemüsegarten im Juni. Im Obstgarten soll man die frisch gepflanzten Bäume und Sträucher nicht zum Tragen kommen lassen, sondern die Früchte rechtzeitig ausbrechen oder wegschneiden. Hauptache ist zunächst, daß die Bäume und Sträucher sich gut bewurzeln, und da das nur geschieht bei Gegenwart von viel Laub, der Fruchtansatz aber die Laubbildung erschwert, soll er nicht gebudelt werden. Die Spalierbäume sind anzusehen. Ende des Monats wird auch mit dem Ausstreifen der Jungtriebe begonnen. Man kneift ihnen die Spitzen aus, um sie zur Bildung von Blütenknospen zu zwingen. In welchem Grade das stattfinden soll, hängt von dem Zustand des Baumes ab. Bei Bäumen mit viel Laub und wenig Früchten läßt man von jedem Sommertrieb nur 3-4 Äste stehen, bei geringem Trieb 6-8, oder man kürzt überhaupt nicht. Die Form der Obstbäume werden durch Anbinden und Absperrn der Triebe in die gewünschte Form gebracht. Die Erdbeerenernte beginnt. Damit die Früchte bei Regenwetter nicht verschimmeln und faulen, schiebt man tragende Drahtgestelle darunter, oder bedeckt den Boden mit Schluffand, Torfmull, abgelagerter Röhre, Sägemehl, Scherben oder Schiefer. Die tragenden Obstbäume werden gedüngt. — Im Gemüsegarten wird die Spargelernte beendet. Länger als bis zum 20. Juni soll damit nicht gewartet werden, um nicht die Pflanzung zu sehr zu erschöpfen, der nächstjährigen Ernte und der Lebensdauer zu schaden. Ende des Monats düngt man dann kräftig und gräbt den Dünger ganz flach unter. Man sät Buchbohnen, Endwien und Rettich, pflanzt Birjing, Löwenzahnjalal, den letzten Frühjahrskohlrabi, entspißt zur besseren Verzweigung Gurken, Melonen, Kürbis und Tomaten, erntet alle Frühkohlraben, Kohlrabi, Mariruben, Frührettich, späte Radies, Kopfsalat, Möberrüben, Erbsen, Puffbohnen, Frühkohlrabi. Es ist spätestens Ausjaat von Winterlobl vorzubereiten und Rosenlobl auszusäen.

\* Festgenommen wurden: ein Förmer aus Dabos wegen Diebstahls, ein Rader aus Hagsfeld wegen Sittlichkeitsverbrechens, sowie ein Tagelöhner von hier, der von der Staatsanwaltschaft Freiburg wegen Diebstahls verfolgt wird.

**Nenes vom Tage.**

**Große Ueberschwemmungen.**

Bern, 31. Mai. Mailänder Blätter melden aus Savoyen und Alexandria, daß die furchtbaren Regengüsse der letzten Tage große Ueberschwemmungen verursachten, die den Eisenbahnverkehr an zahlreichen Punkten lahmlegten. Aus allen Gegenden Norditaliens werden Ueberschwemmungen gemeldet, die an Feldern und Gebäuden großen Schaden anrichteten und sogar einige Menschenleben forderten. In Mailand selbst kam es zu zahlreichen kleineren Unfällen, bei denen die Feuerwehre eingreifen mußte.

**Großfeuer.**

Matheson, 31. Mai. Von einem großen Brandunglück wurde am Mittwoch nachmittags das Dorf Kitch bei Schönhausen an der Elbe betroffen, indem 47 Gebäude, landwirtschaftliche Geräte, viel Vieh und Futtermittel verbrannten. Dabei sind auch zwei Menschen umgekommen. Durch Giebeleinsturz wurden ein Schmiedemeister und ein Mollereigehilfe verschüttet und verbrannten, ohne daß ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Zwei junge Männer erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

**Rechte Nachrichten.**

**Ein Sündenbock.**

Berlin, 1. Juni. Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird berichtet, der Leiter des französischen Militärwesens, General Regnier, sei als Sündenbock seines Posten entbunden worden.

**Eine französische Kriegsgewinnsteuer.**

Paris, 1. Juni. (Agence Havas.) Der Senat hat das von der Kammer beschlossene Gesetz genehmigt, durch welches außergewöhnliche Kriegsgewinne mit einer 50prozentigen Steuer belegt werden.

**Die Niesenverluste der Franzosen.**

Berlin, 1. Juni. Ein französischer Leutnant vom achten Genieregiment, zugeteilt der Division Marocaine, der bei Auberive verwundet wurde, erklärte, daß die Division Marocaine bei diesem Angriff sofort 70 Prozent Verluste hatte, darunter 50 Prozent Leichtverwundete. Die Division Marocaine, sowie eine für sie als Unterführung bestimmte Division sind fast vollständig aufgerieben. Immer mehr bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß an einen Durchbruch nicht zu denken ist. Man hofft allamein, daß die jetzige Offensive die

letzte sein wird, denn an einen neuen Winterfeldzug ist nicht zu denken. — Mehrlich äußert sich ein französischer Offizier, der die Schlacht bei Craonne mitmachte. In dem Abschnitt, wo er eingeleitet wurde, kämpften etwa 42 000 Mann. Davon kamen höchstens 10 000 heil zurück. Zwei saboyalische Regimenter, die dort kämpften und zur eisernen Division gehörten, wurden völlig vernichtet. Nieville erhielt an diesem Tage den Namen „Le Vasseur de sang“ und ein leidenschaftlicher Ruf ging an diesem Tage durch alle Regimenter: „Diesem Mörder folgen wir nicht mehr!“

**Der Biermangel in England.**

Berlin, 1. Juni. Nach einem Telegramm des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Haag wird aus London berichtet, daß sich der Biermangel in England infolge der Stilllegung der meisten Brauereien wegen Mangels an Getreide scharf geltend mache. Die meisten Bierauschankstätten seien gezwungen worden, zu schließen.

**Eine Kriegsteuer in Rußland.**

Berlin, 1. Juni. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus

Kopenhagen mitgeteilt wird, erklärte einem Petersburger Telegramm zufolge der russische Arbeitsminister Slobodanow, die Regierung beabsichtige, die Steuer auf Kriegsdienste zu verdoppeln. Sie wolle die Kapitalisten zwingen, unter solchen Bedingungen zu arbeiten, daß sie kein Interesse an der Weiterdauer des Krieges hätten.

**Die Wirren in China.**

Rotterdam, 1. Juni. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge erzählt die „Times“ aus Peking vom 29. d. Mts.: Die Militärgouverneure mehrerer Provinzen haben sich von der Zentralregierung unabhängig erklärt und dem Präsidenten telegraphiert, daß sie die Auflösung des Parlaments verlangen. Die Provinzen, die hierbei in Betracht kommen, sind, wie man glaubt, Fensien, Anhoi und Sunan, die alle fern vom Gebiet der Hauptstadt liegen, wo ein großer Teil der Nordarmee sich aufhält. Auch in Santschufu liegen zahlreiche Truppen. Aber diese stehen, wie man glaubt, auf der Seite des Präsidenten. Von ihrer Haltung wird es abhängen, ob die Ereignisse eine ernstere Wendung nehmen.

Der Süden wird wohl im allgemeinen die Partei des Präsidenten ergreifen. Die wichtigsten Truppenführer in um Peking sind dem Präsidenten noch treu. Aber wenn alle Militärgouverneure des Nordens zusammenhängen, wird ihre Treue auf eine harte Probe gestellt werden.

**Wasserstand des Rheins.**

1. Juni.  
Schifferinsel 2,87 m, gest. 2 cm, Neßl 3,78 m, gest. 5 cm, Mainz 5,53 m, gest. 10 cm, Mannheim 4,66 m, gest. 6 cm.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Wilhelm Müller für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag 5.45 Malisch, Lodenberg (Bei ungünst. Wetter fällt die Tour aus.) Deute Programmberatung. Wir bringen nochmals die Jugendwanderung am 10. Juni in Erinnerung. Diesbezügliches Inserat am nächsten Freitag beachten.

**Bekanntmachung.**

Die Firma Louis S. Stern u. Comp. ließ mir heute als Beitrag für die A-Boot-Spende die Summe von fünftausend Mark überreichen.  
Für diese reiche Gabe spreche den gütigen Spendern herzlichsten Dank aus.  
Karlsruhe, den 31. Mai 1917.  
Der Oberbürgermeister.

**Bekanntmachung.**

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats Juni 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:  
1 bis mit 2700: Freitag, den 1. Juni 1917,  
2701 „ 5400: Samstag, den 2. Juni 1917,  
5401 „ 8000: Montag, den 4. Juni 1917,  
8001 „ 10500: Dienstag, den 5. Juni 1917,  
10501 „ Schluß: Mittwoch, den 6. Juni 1917,  
jeweils vormittags von 8 Uhr bis 1/2 11 Uhr und nachmittags von 1/2 8 Uhr bis 6 Uhr, im großen Rathsaussaal.  
Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgefächts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.  
Karlsruhe, den 29. Mai 1917.  
Das Bürgermeisteramt.

**Fischverkauf.**

Wir bringen ab Freitag, den 1. Juni, von vormittags 8 Uhr ab in der  
Städtischen Fischmarkthalle  
frisch gewässerte Stockfische  
zum Preis von 80 Pfg. für das Pfund zum Verkauf.  
Karlsruhe, den 31. Mai 1917.  
Städtisches Nahrungsmittelamt.

**Gemüsepflanzen**

Weißtraut, frühes und spätes, Birfing, Rotkraut, Ober- und Erdstohlraben, Lauch, Sellerie,

**Tomaten**

(feinste Sorten)  
Gurken, Kürbisse, Melonen in fräftigen Freiland-pflanzten bew. Topf-pflanzen sind täglich nachmittags von 4-7 Uhr zu haben bei  
1727  
Stadt. Gutsverwaltung  
Karlsruhe-Ruppurr.

**Neu eingetroffen: Blusen**

aus Schleierstoff, weiß und farbig. 1723

**Unter-Taillen. Daniels Konfektionshaus**

Wilhelmstr. 34, 1 Treppe.

**Gesucht. Arbeiterinnen**

werden fortwährend angenommen in der 1466  
Lumpen-Sortieranstalt  
S. Rachmann  
Durlach, Pfingstraße 28.

Ein zuverlässiger  
**Seizer**  
für Dampfessel sowie ein  
fräftiger 1687  
**Mann**  
für Arbeiten im Kesselhaus sofort gesucht.  
Brauerei A. Pring  
Karlsruhe.

**Bekanntmachung.**

Den Fortbildungsunterricht betreffend.  
Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterricht anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.  
Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.  
Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).  
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärtig hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur versuchs- oder probeweise aufgenommen sind.  
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.  
Karlsruhe, den 1. Juni 1917. 133  
Das Volksschulrektorat.

Mädchen  
finden dauernde Beschäftigung bei  
**A. Braun & Co., Karlsruhe**  
Waldstraße 28. 1720

**Preiswert zu verkaufen in Karlsruhe**  
eine gebrauchte gut erhaltene Schlafzimmereinrichtung bestehend aus:  
2 komplette Betten, 2 Nachttische, 1 Waschtisch mit Marmorplatten, 1 Truhe, 1 Regulator, ein Amerikancersstuhl, 1 Zimmerklosett;  
ferner:  
1 Buffet, 1 Spiegel und Kopierpresse.  
Die Stücke können auch einzeln abgegeben werden.  
Näheres: **Schilling & Co., Bruchsal.**  
Beschäftigung der Möbel: Freitag mittag von 2-6 Uhr,  
Karl-Wilhelmstraße 14, II. 1704

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter**

Filiale Karlsruhe.  
**Achtung!**  
Mitglieder und Arbeitskollegen!  
Samstag, den 2. Juni 1917, abends Punkt 8 Uhr, findet im Lokal „Zur Kronenhalle“ eine  
**Mitglieder-Versammlung**  
mit folgender Tagesordnung statt:  
1. Stellungnahme zur Lohnfrage der hiesigen Arbeiter.  
2. Stellungnahme betr. Ergänzung der Arbeiterausweise.  
In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung und dem Beweise, daß Kollege G e d m a n n sein Erscheinen zugesagt hat, werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**freiheits-Sänger**  
**Georg Herwegh**  
Eine Lebens-Beschreibung  
mit dem Bild des Dichters  
von Robert Seidel  
Privatdozent an der Eidgen. Technischen Hochschule und an der Universität Zürich.  
Preis 10 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe**  
Luisenstraße 24, Telefon 128.

Umzüge  
**R. Muffinger, Telefon 1704**

**Druckarbeiten**  
alle Art liefert schnell und billig  
Buchdruckerei Volksfreund

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburten. Theodor, R. Heinrich Reinhardt, Stadtkonzeptschreiber, Franz Alfred, R. Valentin Seidenfuß, Fabrikarbeiter. Helene, R. Amalie, R. Adolf Haus, Eisenbahnsekretär. Helene, R. Hermann Bronner, Schneider. Friedrich August, R. Ludwig Baumgarten, Fabrikarbeiter. Karl Wilhelm, R. Karl Mosbach, Bureauhilfsarbeiter.  
Todesfälle. Albert Häuber, Oberrealschule a. D., 74 J. alt. Hermann Jacob, Großh. Regierungsrat, ledig, 60 J. alt. Biette Koch, 60 J. alt, ohne Beruf, ledig. Karl Müller, Buchhalter, Chemann, 46 J. alt.

**Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!**

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmeucken Einband.  
Behandelt werden folgende Gebiete:  
der Schwangerschaft. Von Dr. J. Zadek. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserhellverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

**:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:**

Unzerzählter bestellt hiermit bei der Buchhandlung „Volksfreund“, Karlsruhe  
**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
geb. zum Preise von 4.50 Mk., zahlbar in Wochenraten von 50 Pfg. oder 1.46 Pfg. nach auswärts 25 Pfg. Das Buch wird mir sofort geliefert, doch bleibt es bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der obigen Firma.  
Name: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Wir bitten, deutlich zu schreiben.